

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
D 3057 Neustadt 1

8. April 1990

Offener Brief

(Darauf kommt es an! III)

an die Mitglieder
der Volkskammer der DDR
und
des Bundestages der BRD

Thema: Die Währungsunion und Vereinigung der beiden deutschen
Staaten als Wohltat oder als Verbrechen gegen die Menschlichkeit
und Bankrotterklärung der Demokratie

Sehr geehrte Damen und Herren,
bemühte und leidenden Parlamentarier,
Unheil stiftende Zeitgenossen(innen)!

TZ 1¹

Die Ohnmacht des Einzelnen in der westdeutschen Parteiendemokratie - die sich unter anderem in Witzen über den CDU-Kanzler Kohl abreagiert, als sei er ein Diktator - ist anders, als sie unter dem SED-Regime war; sie ist aber nicht geringer. Ich selber war eigentlich so weit noch tiefer in die innere Immigration zu gehen, mich mit 'ner Pulle vor die Glotze zu setzen und mich dann auch widerstandslos verdummen zu lassen, um das kleine Glück der zufriedenen „Sklaven“ zu genießen.² Leider ist es aber so, daß das Radio in der Werkstatt in den Lärmpausen soviel ökonomischen Unverstand der Politiker und Journalisten verkündet und dadurch mein Widerspruchsgeist zu viel Nahrung erhalten hat, um schweigen zu können. Auch geht mir ein Satz aus dem Buch „Das

1 Die Textziffern als Orientierungshilfe stehen im Original vor dem Text. Da ich nicht weiß, wie ich sie mit dem Schreibprogramm OpenOffice.org dort hin bekomme, mußte ich sie über den betreffenden Absatz setzen.

2 Mit „Glotze“ will ich nicht das gesamte Fernsehen herabsetzen, es ist für mich eine wichtige Informationsquelle. Ich meine hier den Mißbrauch des Fernsehens als Droge des Vergessens der eigenen Lage.

Grundgesetz vom Aufstieg“ von Peter Kafka nicht aus dem Sinn. Er lautet:

„Schuld trifft den, der etwas verstanden hat und sich dennoch nicht mit aller Kraft einsetzt, um Einsicht zu verbreiten.“ Und er fügt hinzu: „Es gibt keinen Grund zur Resignation.“

Und ein radiophonischer Bericht von Werra Gantner über Lessing und Mendelsohn unter dem Titel „Der Dichter und der Philosoph“ hat mir wieder verdeutlicht, daß Aufklärung schon immer ein mühsames Geschäft war, welches von Menschen unter schwierigsten Bedingungen betrieben wurde.

TZ 2

Im „Messe Magazin“, einer Beilage der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 21. März 1990 ist unter dem Namen Christian Schwarz-Schilling (Postminister) ein Artikel „Informationsaustausch wird grenzenlos werden“ veröffentlicht worden. Der Einleitungssatz lautet:

„Der gesellschaftliche Wandel von der Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft vollzieht sich immer rasanter. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, daß Information und Kommunikation für hochentwickelte Volkswirtschaften mehr denn je lebenswichtig sind.“

Ich selber schreibe diesen Brief mit Hilfe eines Personalcomputers, weiß also die Vorteile moderner Kommunikationsmittel zu schätzen. Nur, was nützt die ganze technische Kommunikationshilfe, wenn die inhaltliche Kommunikation nicht nur hinterhinkt, sondern zurückbleibt. Ich habe den Eindruck, daß die moderne Kommunikationstechnik (einschließlich der Massenmedien) mehr zur Verhinderung von Demokratie als zu ihrer Weiterentwicklung eingesetzt wird.

Wesentliche ökonomische Erkenntnisse aus der Zeit der vorigen Jahrhundertwende über Zusammenhänge von Währung und:

- Konjunktur,
- Verteilung des Einkommens und des Vermögens,
- Völker und Nationalkriege,
- Umweltzerstörung

sind trotz Bestrafung für die Nichtbeachtung mit zwei Welt-, -zig regionalen Kriegen,

mit Hunger und Minderung der Lebensqualität bis heute nicht in die Köpfe und Herzen jener Menschen gelangt, die die Legislative und Exekutive bilden und diese wählen.³

TZ 3

Erkenntnisse können und müssen sich aber immer noch in den Köpfen der Menschen vollziehen. Bleibt dieser Erkenntnisprozeß - besonders bezüglich ökonomischer Fragen - aus, dann wird aus Teletex und Telefax leicht Pipifax, und die Wähler legitimieren in den Wahlen ihre Unterdrücker, die sich selber wiederum auf Grund ungenügender Kommunikation als deren Wohltäter mißverstehen.

TZ 4

Am 9. Mai 1990 findet auf der Hannover Messe Industrie ein West-Ost-Symposium statt. Das Thema lautet „Mensch - Natur - Technik / Der Weg Europas ins nächste Jahrtausend - Neue Ansätze des Denkens. Schirmherr ist Dr. Richard von Weizsäcker, Bundespräsident der BRD. Im einzelnen sollen verhandelt werden: Energiewirtschaft, Landwirtschaft und Industrie, Sozialordnung und Geld und Währung. Da ich es leid bin, mich als Statist für irgendwelche Macher zur Verfügung zu stellen, und das Symposium in der Evangelischen Akademie Loccum (in der Nähe meines Wohnortes) vorbereitet wird, habe ich dort angefragt, ob die geistig-politische Position, die ich mit anderen vertrete und die wirklich neues Denken beinhaltet, in die vorbereitende und in die Hauptveranstaltung eingebracht werden könne.⁴ 3) Die Vorbereiter wünschen das nicht. Das Programm des Symposiums wird somit zur Lüge und die Schirmherrschaft des Präsidenten wird zur Abschirmung gegen neue Gedanken mißbraucht. Weizsäcker, der sich für das Zusammenwachsen und gegen das Zusammenwuchern der beiden Deutschländer ausgesprochen hat, fördert somit ungewollt (?) letzteres. Dieser Hinweis ist insbesondere für die Empfänger in der DDR gedacht, die noch nicht genügend gelernt haben, den Schein von der Wirklichkeit in der BRD zu unterscheiden.

3 Ich spreche nicht aus Überheblichkeit und auch nicht, weil ich mich besonders klug finde, sondern mit dem Bewußtsein der eigenen Beschränktheit und dem Risiko des Irrsins.

4 Diese geistige, politische und ökonomische Position wird unter den Begriffen „Natürliche Wirtschaftsordnung“ oder „Freiwirtschaftsschule“ als Weg zur konsequenten Marktwirtschaft angeboten. Hier wird wissenschaftlich nachgewiesen, wie sich die Ziele des (dezentralen) Sozialismus und des (ausbeutungsfreien) Liberalismus zusammen erreichen lassen.

TZ 5

Mein Eindruck und meine Erfahrung ist, daß die bundesrepublikanischen Parteien und Parlamente viel mehr Energie und Geld dafür aufwenden, daß bestimmte gesellschaftliche Themen nicht behandelt werden, als wie für die Suche nach Antworten für brennende Fragen. Es gibt bei uns eine alle politischen Parteien umfassende große Koalition zur Verhinderung einer offenen Ökonomiediskussion. Es ist so, als hätten die Strategen der verschiedenen Parteien und ihrer Flügel Angst, daß eine wirklich offene ökonomiediskussion ihre ideologisch verbogenen Wahrnehmungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit offenlegen könnten.

TZ6

In diesen Monaten wird gerne Bezug auf den Ludwig Erhard, den ersten Wirtschaftsminister der BRD, genommen. Ich denke, kein BRD-Politiker hat das Recht, ihn für den z. Zt. propagierten ökonomischen Schwachsinn (der in teuflischer Weise mit richtiger Programmatik gemixt ist) als Kronzeugen zu benennen. Erhard hat im Gegensatz zu den heute Verantwortlichen Währungsfragen als eine Angelegenheit des ganzen Volkes betrachtet. Die Verhandlung über die Ausweitung des Geltungsbereiches der Deutschen Mark West in einer im geheimen tagenden Kommission ist antidemokratisch und ein Verrat an der Idee der Freiheit. Freiheit hat den Wettbewerb zur Bedingung. In diesem Fall den Wettbewerb verschiedener Lösungsmodelle. Die Gefahr der Einweg-Spekulation - die immer dann besteht, wenn der Staat nicht sachgerecht handelt - ist in diesem Zusammenhang von untergeordneter Bedeutung.

TZ 7

In der Vergangenheit wurde die Bedeutung des Münzregals - abgesehen von jenen, die es anwandten - für die Sozialökonomie und Verfassung der Gesamtgesellschaft nicht gesehen oder sie wurde unterschätzt. Auch heute hat sich daran nicht viel geändert. Es ist es so, daß die Währungsverfassung neben den bekannten drei Gewalten meist den Rang einer vierten Gewalt hat, die weder demokratisch legimiert ist noch parlamentarisch kontrolliert wird.

TZ 8

In der Presse vom Wochenende war die dpa-Meldung zu lesen: „Frankreich hat nach mehrjährigem Widerstand dem Bonner Drängen nachgegeben und das Prinzip der Unabhängigkeit einer Europäischen Zentralbank akzeptiert.“ Und weiter heißt es:

„...das europäische Zentralbanksystem und damit auch die künftige EG-Zentralbank sollten unabhängig über Zinssätze und Geldpolitik entscheiden können. ... Wechselkursentscheidungen sollten jedoch der Politik obliegen.“ Diese Meldung hört sich ohne weitere Erläuterungen der währungspolitischen Zusammenhänge ganz vernünftig an und verleitet dazu, die französische Entscheidung als Erfolg zu feiern. Ein politischer Erfolg ist das französische Einlenken aber nur insofern, als damit die Einsicht dokumentiert wird, daß der unmittelbare Zugriff durch Regierung oder Parlament auf die Notenpresse zur Finanzierung von Staatsausgaben als schädlich erkannt wird.

Aber schon die Aufteilung der Kompetenzen bzgl. Geld- und Wechselkurspolitik steckt voller Probleme, die heute schon in der Wirklichkeit studiert werden können.

Schon der Gedanke, daß die Wechselkurse anders als frei sein können, verrät währungstheoretische Unkenntnis und Aufgabe marktwirtschaftlicher Prinzipien.

Bedenken wir, daß der Kampf um die Einführung der Demokratie auch immer ein Kampf um die Kontrolle des Staatshaushaltes war, und bedenken wir weiter, daß (nach einer Globus-Grafik) in der BRD Ende 1988 ein privates Geldvermögen von 2,6 Billionen (2.600 Milliarden) vorhanden war und somit 1%-Punkt Inflation, Deflation oder Zinsänderung eine Vermögensübertragung nur für diesen Bereich von 26.000.000.000 DM bedeutet (d.h. die einen werden ärmer, die anderen reicher), dann wird deutlich, daß eine Zentralbank, der man ermöglicht, mit Wirkung für alle Bürger Politik zu machen, einen demokratischen Unterbau erhalten muß. Ich selber plädiere aber dafür, den Zentralbanken die Möglichkeit zur Politik zuzunehmen und sie zu Behörden (ohne direkten Zugriff für die Exekutive) zu machen, die sich an parlamentarisch beschlossene, exakt definierte Regeln zu halten hat, deren Einhaltung parlamentarisch kontrolliert wird. (Dieses ist aber erst möglich, wenn sich bessere währungstheoretische Einsichten durchgesetzt haben.)

TZ 9

Ich habe im Oktober 1989 unter dem Titel „Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik“ dem Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank einen 31seitigen Brief (mit diversen Anlagen) gesandt in dem ich 42 Hauptfragen mit vielen Unterfragen gestellt habe. Ich habe nicht einmal die Gewißheit, daß der Brief tatsächlich beim Zentralbankrat gelandet ist. Bundesbankpräsident Pöhl läßt Antworten:

„Auf Ihr Schreiben vom 22. 12. 1989 müssen wir Ihnen leider mitteilen, daß wir trotz Ihres nachdrücklichen Interesses keine Möglichkeit sehen, in eine wissenschaftliche Diskussion über ein 'freiwirtschaftliches' kreditpolitisches Konzept einzutreten, wie es schon früher an uns herangetragen wurde. Ihr Konzept steht in einem unübersehbaren Widerspruch zur geldpolitischen Praxis und zu den international anerkannten geldtheoretischen Lehrmeinungen.“

Es ist doch klar: Wenn ich (oder die Position, die ich undogmatisch vertrete) keinen Widerspruch anzumelden hätte, wäre es überflüssig, mich an die Bundesbank und die gewählten Vertreter des Volkes zu wenden. Weltweit ist offensichtlich, daß angewandte herrschende geldtheoretischen Lehrmeinungen zu großen ökonomischen Problemen führen und für unzählige Menschen Elend oder Tod bedeuten.

Nebenbei: Der Bundestag unter der Präsidentschaft von Frau Prof. Rita Süßmuth hat mir die von mir eingereichte Kopie des Bundesbankschriftsatzes einfach zurückgeschickt. Besser ist es mir mit einem langen Hintergrundschreiben zu einer Petition, die die Prüfung einer alternativen Ökonomie zum Gegenstand hatte, auch nicht ergangen. Und vom Europaparlament erhielt ich die Antwort:

„Sobald der Ausschuß für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik einen Berichterstatter zu den Fragen der europäischen Währungsintegration ernannt haben wird, wird ihn das Sekretariat auf die von Ihnen übersandte Dokumentation aufmerksam machen.“

TZ 11

Die DDR-Bürger konnten zum erstenmal frei ein Parlament wählen. Ob eine Chancengleichheit der Kandidaten bestanden hat, soll hier nicht hinterfragt werden. Ob das Parlament selbst frei ist, muß sich erst noch erweisen. Das, was als Filtrat aus den

Nachrichten bei mir hängen geblieben ist, ist der Eindruck, daß sich Blinde blinden (westlichen) Blindenführern anvertrauen.

TZ 12

Es wird viel die mögliche schuldhafte Verstrickung von Volkskammerabgeordneten im SED-Stasi-Staat erörtert. Sicher haben diese Fragen ihr eigenes Gewicht. Geschädigte und Verfolgte müssen auf Rehabilitation und Entschädigung hoffen dürfen. Ob aber DDR-Bürger, die sich in der stalinistischen SED-Herrschaftszeit aus allem heraushalten konnten, unbedingt heute die besseren Abgeordneten sind, bezweifle ich.

Eher könnte man fordern, daß nur DDR-Bürger, die aktiven Widerstand gegen das SED-Regime geleistet haben, die neue DDR repräsentieren sollen. Ein Parlament sollte aber alle Bevölkerungsteile repräsentieren: die Schurken, die Feiglinge und die Helden. Die Aufarbeitung der Schuld von gestern, die in die Gegenwart hineinwirkt, sollte wirklich nicht zu kurz kommen, sie kann aber nicht eine vordringliche Aufgabe der neuen Volkskammer sein, sondern ist eine solche der Gesamtgesellschaft. Die Volkskammer hat doch damit zu kämpfen, daß sie nicht neue Schuld dadurch produziert, daß sie für die gesellschaftlichen Probleme, die sie zu lösen hat, nur drittklassige Lösungen zuläßt. 40 Jahre Betrug am Volke sind für die Betroffenen genug. Weitere Jahrzehnte am gesellschaftlichem Optimum vorbei sind völlig überflüssig und verbrecherisch. Es macht auch keinen Sinn, die BRD einfach nachzuäffen. Es ist eine Verhöhnung der im Leiden alt gewordenen oder verstorbenen Menschen, wenn dieser gesellschaftliche Umbruch keine gesellschaftliche Höherentwicklung mit mehr individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit und Geborgenheit bringt, als er bislang in Ost und West realisiert wurde.

TZ 13

Die Mehrheit der DDR-Bürger hat sich für eine marktwirtschaftliche Ordnung entschieden. Das ist eine gute Entscheidung. Nur muß eine solche Ordnung auch realisiert werden, ohne daß die BRD als positive Orientierungshilfe dienen kann. Denn was hier reale Marktwirtschaft ist, verhält sich zu der Idee von der Marktwirtschaft so wie der gestorbene realexistierende Sozialismus zur ursprünglichen Idee des Sozialismus. Für

die BRD gilt, daß es leicht ist, jene gesellschaftlichen Bereiche zu benennen, die keiner marktwirtschaftlichen Ordnung unterliegen, aber schwer ist, Bereiche zu benennen, die klar marktwirtschaftlich geordnet sind. Unser Wirtschaftssystem entwickelt sich von Anbeginn aufgrund von eingebauten Systemfehlern in Richtung Zentralverwaltungs-wirtschaft (Kommandowirtschaft), also eine Wirtschaftsform, die die Länder des Osten versuchen zu überwinden. Unsere Parteien, die sich verbal zur Marktwirtschaft bekennen, haben real eine kapitalistisch deformierte Marktwirtschaft in der Form des Staats-interventionismus produziert und sie setzen alles daran, diese Form als Vollendung der Idee zu verkaufen und zu konservieren. Die bundesrepublikanischen linken politischen Kräfte haben mit ihrem ökonomischen Unverstand das Geschäft der Konservativen (CDU/CSU, FDP und SPD sind für mich nur verschiedene Varianten) indirekt gefördert.

TZ 14

In den Medien wird es immer von Journalisten, Regierungs- und Parteisprechern so dargestellt, als hätte die DDR keine andere Wahl als sich der BRD zu deren Bedingungen anzuschließen und als sei keine Zeit mehr da für vernünftiges Überlegen. Das ist nicht wahr. Genausowenig wahr ist, daß die jetzige Bundesregierung ein Mandat hat, die Bundesbürger ohne Volksentscheid mit Vereinigungskosten in nicht abschätzbarer Höhe zu belasten.⁵ Wobei in diesen Zusammenhängen die Legitimität wichtiger ist als die Legalität, die sich auch eine Diktatur beschaffen kann.

TZ 15

Ich halte Vereinigungsbestrebungen der beiden deutschen Staaten nicht für ein nationalistisches Anliegen. Genausowenig sind die Bemühungen um ein geeintes Europa (solange die Weltoffenheit gewahrt ist und Osteuropa – zweckmäßigerweise ohne die riesige UdSSR - einbezogen ist als nationalistisch zu klassifizieren. Wichtig ist dabei aber, daß wir den Zentralismus der Einzelstaaten abbauen und ihn nicht in den europäischen Bundesstaat einbauen. Föderalismus ist – wenn er nicht ein Scheinföderalismus wie in der BRD ist – die richtige Antwort. Im Prinzip spricht auch nichts gegen

⁵ Nun wird hier in der BRD argumentiert, daß Steuererhöhungen nicht erforderlich sind. Aber finanziert werden müssen die Lasten, sei es durch Lohnverzicht, Neuverschuldung unterlassenen Schuldenabbau oder durch eine Inflation (Finanzierung über die Notenpresse).

einen Föderalismus zwischen der BRD und DDR, wenn vorher ein Bündel von Problemen, die eine Ehe von Anbeginn belasten und scheitern lassen können, auf beiden Seiten gelöst wird.

TZ 16

Eine Marktwirtschaft auch mit:

- mit eingebauten Kapitalismusschwund,
- mit Vollbeschäftigung,
- Investition ausländischer Unternehmen und Geldanleger und
- offenen Grenzen

können die Menschen in der DDR auch ohne staatliche Vereinigung mit der BRD und ohne Einführung der DM als Währung haben. Wichtig ist nur, daß die DDR ideologisch bedingten Ballast abwirft⁶ und eine Zahlungsmittel bereitstellt, das währt und funktioniert. Ein solches Zahlungsmittel einzuführen, bedarf keiner genialen Wirtschaftsführer oder eines Notenbankleiters mit Supergehirn, sondern nur der Anwendung einfacher Erkenntnisse. Wenn die DM-Währung so hoch im Kurs steht und doch nur eine der am wenigsten schlechten Währungen ist, dann liegt das eben daran, daß sie sich einigermaßen an der Erkenntnis hält, daß die Wert einer Währung vom Verhältnis der umlaufenden Geldmenge zu der im Markt befindlichen Gütern hält.

TZ 17

Die Ausdehnung des offiziellen Geltungsbereiches der DM-Währung - verschleiern als Währungsunion beschrieben, was sie nicht ist - halte ich rechtlich und sachlich für mehr als bedenklich.

Im Grundgesetz Art. 88 steht: „Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank.“ Nach meinem Rechtsverständnis besagt der Artikel auf die heutige Situation angewandt: Erst die Vereinigung von DDR und BRD, und dann oder damit die Ausweitung des Geltungsbereiches der DM West. Wenn das richtig ist, sitzen die Verfassungsfeinde nicht in den politischen Extremgruppen, sondern bei uns auf der Regierungsbank.

6 Ich habe ihn in meinen beiden Schriften !Darauf kommt es an!“ beschrieben.

TZ 18

Die sachlichen Einwände gegen eine „Währungsunion“ vor einer ddr-internen Klärung der Währungsverhältnisse sind noch gewichtiger. Der Wert einer Währung hängt nicht davon ab, wieviel Vermögen in einer Volkswirtschaft angesammelt wurden und auch nicht davon, wieviel Devisen die Notenbank im Tresor oder wieviel Schulden ein Staat hat, sondern - wie schon gesagt - von der umlaufenden Geldmenge im Verhältnis zum aktuellen Volumen der Güter und Dienstleistungen, die im Markt - wenigsten überwiegend zu freien Preisen - angeboten werden.

TZ 19

Wie will die Bundesbank nun die erforderliche Geldmengenausweitung bemessen ohne die Preisniveaustabilität noch mehr als bisher zu gefährden, wenn Märkte und freie Preise sich in der DDR erst zu entwickeln beginnen. Nun soll aber die Bundesbank nicht nur Preise und Gütermengen bei der Ausgabe von Geld für die DDR berücksichtigen, sondern auch noch Ansprüche von DDR-Gläubigern (Sparern) gegenüber DDR-Banken und Versicherungen. (Warum eigentlich nicht jene, die privat ausgeliehen wurden?) Da nun nach den Berichten, die ich gehört und gelesen habe, weder die ausgegebene und noch die umlaufende Geldmenge in der DDR bekannt ist (in einer Globus-Grafik in der HAZ vom 6. 4. '90 ist die Zahl von 17,0 Milliarden Bargeld genannt), aber allgemein angenommen wird, daß ein großer Geldüberhang (Geld, für das im Markt kein Gegenwert in Ware besteht), ist jede Nennung eines freien Umtauschkurses spekulativ und ein zwischen den Regierungen der DDR und BRD festgelegter Kurs ein gefährliches unkalkulierbares Experiment, das in der Hauptsache auf Risiko der westdeutschen Wirtschaftsbürger vorgenommen würde.

TZ 20

Hinzu kommt das zusätzliche Risiko, daß darin besteht, daß die herrschende Geldtheorie neben dem Bargeld (Noten und Münzen) auch das Buch- oder Giralgeld (die Einlagen auf den Gehalts- und Geschäftskonten) zur Geldmenge zählt. Preisbildend und preisniveaubestimmend ist aber nur das Bargeld. Die Nichtbeachtung der unterschiedlichen Qualität von Bargeld und Buchgeld hat schon nach der Umstellung von der

Reichsmark auf die DM zu einem Inflationsschub geführt.

TZ 21

Es sind zwei ganz verschiedene Problemkreise:

- a) Die Geldmengenausweitung der DM für die DDR ohne Gefährdung der Preisniveaustabilität in der Bundesrepublik. Zwei Fragen sind zu klären: 1. In welchem Verhältnis muß das Bargeld der DDR in Bargeld der BRD umgetauscht werden, ohne daß eine Deflation oder Inflation verursacht wird. 2. Soll ein Umtauschverhältnis unabhängig davon, in welchem Besitz sich das DDR-Geld befindet, festgelegt werden oder soll eine Pro-Kopf-Quote definiert werden.
- b) Wie sind die Forderungen und Verbindlichkeiten der Gläubiger und Schuldner in der DDR zu bewerten, zu realisieren und zu tilgen. Nach der Meldung aus der oben bereits zitierten HAZ-Meldung haben DDR-Bürger auf DDR-Mark lautende Vermögenswerte in Höhe von 176 Milliarden angesammelt. Wenn man nun dem Sparer ein Umtauschverhältnis von 1 : 1, 1 : 2, 1 : 3 oder ein anderes verspricht, dann muß man die Schuldner in die Lage versetzen, entsprechende Tilgungsleistungen zu erbringen. Wie will man das aber bewerkstelligen? Denn bevor die DDR-Banken den DDR-Sparern zu dem versprochenen Umtauschkurs DM-West auszahlen können, müssen die DDR-Schuldner ihre Tilgungsleistungen mit einem entsprechenden Kursaufschlag aus ihrem DDR-Mark-Einkommen (oder nach der Währungsumstellung aus ihrem DM-Einkommen, das sie unter neuen Bedingungen erwirtschaften müssen) abzweigen. Die Wende und noch mehr eine Währungsumstellung machen eine Revision der alten Kreditverträge erforderlich.

TZ 22

Auch stellt sich die Frage: Was die Ausleihungen der DDR-Banken und Versicherungen aus Sparguthaben an Dritte noch für einen Wert haben. Wohin wurde das Geld der Sparer ausgeliehen? Gibt es verwertbare Sicherheiten? Ist der Schuldner noch existent, noch solvent? Nun könnte man ja sagen, lassen wir das alles. Jeder DDR-Bürger erhält aus Steuermitteln des Bundes eine ansehnliche DM-Summe als Eintrittsgeschenk in die BRD. Dieses aber wäre ohne Volksentscheid in der BRD eine partielle

Enteignung der Bundesbürger. Für den Fall, daß diese Mittel mit der Notenpresse der Bundesbank hergestellt würden, würde jener Teil, der über die bei der Ausweitung des Geltungsbereiches der DM erforderlichen Pro-Kopf-Geldmengen-Erstausrüstung hinausgeht, inflationär wirken und die Bundesbürger in anderer Weise enteignen und alle geldbezogenen Marktdaten und Verträge verfälschen.

TZ 23

Wenn die DDR-Bürger und die Bürger der BRD von ihren Regierungen nicht betrogen werden sollen, dann macht die DDR erst ihre eigene Währungsreform. Danach hat sie die Wahl: a) in eigener Währung erfolgreich weiterzuwirtschaften, b) mit der BRD eine gemeinsame Währung einzuführen (bei freien Preisen in beiden Ländern und freien Wechselkursen zwischen den beiden Ländern gibt es keine Bewertungs- und keine Geldmengenbestimmungsprobleme) , c) die DDR tauscht ihre DDR-Währung gegen die dann wahrscheinlich bestehende Euro-Währung aus oder läßt sie parallel dazu umlaufen.

TZ 24 Es ist auch viel von einem Umtauschkurses der Löhne die Rede. Ich kann mir darunter nichts vorstellen. Die DDR will die Marktwirtschaft. Für die eine Marktwirtschaft sind (freie) Preise eine Voraussetzung. Löhne sind Preise für Arbeitsleistungen. Regionale Lohndifferenzierungen gibt es durchaus in einer Volkswirtschaft, die Differenzen können um so größer sein, je geringer die Mobilität der Arbeitnehmer und Unternehmer ist. Die Löhne können bei offenen Grenzen zwischen DDR und BRD aber nicht total auseinanderdriften, weil es eine Abweichungsgröße gibt, bei der ein Ab- bzw. Zuwanderungsdruck einsetzt, der das unterschiedliche Lohnniveau zur Angleichung zwingt. Statt Gedanken um Umtauschkurse für Löhne - die sich von selber regeln - sollte man sich solche um die künftige Aufteilung des Volkseinkommens zwischen dem Kapital und der Arbeit machen. Wobei zur Arbeit auch die Unternehmertätigkeit gehört und zum Kapital auch die Geldvermögen der Arbeitnehmer. Hier liegt ein wirklicher ökonomischer Knackpunkt, der immer wieder eifrig verdeckt wird, damit er nicht öffentlichkeitswirksam auffällig wird. Der theoretische und angewandte Marxismus war ja der Versuch, hier eine Antwort zu geben. Die leidvollen Ergebnisse

sind ja hinlänglich bekannt. Das Problem besteht aber trotzdem weiter. Marktwirtschaft bedeutet freien Leistungsaustausch. Leistung im ökonomischen Sinne kann aber nur der Mensch erbringen. Folglich bleibt die brennende Frage: Wie schaffen wir es, daß die Produktionsmittel ihren Kapitalcharakter und damit ihren ökonomischen Herrschaftsanspruch verlieren und die Arbeit nicht länger tributpflichtig machen können?

TZ 25

Die Sozial-Union ist ein Begriff der verschleiert, daß via Staat Eigentumsrechte manipuliert werden sollen und daß das westdeutsche soziale Sicherungsnetz ebenfalls zentralistisch und damit antiföderativ, antieuropäisch ist.

Unser Sozialminister bildet sich ein, unser Rentensystem sei besser, weil es nicht Teil des Staatshaushaltes ist. Er vergißt, daß westdeutsche Sozialpolitik ebenfalls vorrangig staatliche Eingriffe in die Eigentumsrechte der Arbeitnehmer bedeuten. Nicht einmal die Gewerkschaften begreifen, daß die Sozialversicherungen - Versicherungen gegen die ökonomischen Risiken der Arbeitnehmer - Teil der Ökonomie der Arbeitnehmer sind. Daß hier eine ständige Entmündigung der Arbeitnehmer wie in totalitären Staaten stattfindet wird geflissentlich übersehen. Kein Unternehmer würde sich solche Eingriffe in seine Ökonomie gefallen lassen. Auch ist unser Sozialversicherungssystem - wie vielfach angenommen wird - kein kollektiver Beitrag zur Lösung des Kapitalismusproblems. Einiges spricht dafür, daß unser Sozialversicherungssystem nur in der Lage war, heftige aber kurze Kapitalismuskrisen in eine chronische umzuwandeln. Und dem BRD-Sozialminister, Norbert Blüm, möchte ich noch einen Satz mit auf dem Weg geben, der die Schlagzeile eines Artikels zur Strukturreform im Gesundheitswesen bildet:

"OPAS SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEM WIRD SCHEITERN".

Der Artikel ist aus der Welt am Sonntag vom 16. 7. 1989 und stammt von Prof. Rudolf Jansche, Geschäftsführer der ICI Pharma und vermutlich politisch der CDU nicht fern.

TZ 26

Die Übernahme des westdeutschen Sozialversicherungssystems ist für die DDR-Arbeitnehmer kein Fortschritt, allenfalls eine momentane finanzielle Verbesserung ih-

rer Lebenssituation. Wenn diese Übernahme zwangsweise aus dem Arbeitseinkommen der westdeutschen Arbeitnehmer finanziert wird, haben wir es auch hier mit einer partiellen Enteignung zu tun. Dies ist der denkbar schlechteste Weg, um den Arbeitnehmern in der DDR zu helfen. Wie ich in „Darauf kommt es an!“ dargestellt habe, kommt es darauf an, daß in der DDR das Kollektiveigentum (bis auf das Bodeneigentum) liquidiert und individuell pro Kopf verteilt wird.

TZ 27

In der Bundesrepublik ist die Vermögensverteilung bisher genausowenig an das Leistungsvermögen der arbeitenden Menschen gekoppelt wie in der DDR. Während bei uns der Zinsmechanismus, fixierte Wechselkurse, Subventions- und Steuerpolitik für eine verzerrte individuelle Teilhabe am Volksvermögen gesorgt haben, ist in der DDR doch den Arbeitnehmern von vornherein nur ein Teil der Gegenleistung für ihre Arbeitseistung ausgezahlt worden. Wenn den DDR-Menschen zu ihrer Rente noch ein nach Arbeitsjahre gewichtetes, individuelles frei verwertbares Eigentum am Volksvermögen gegeben wird, dann werden sie sich ganz gut stellen, ohne daß die westdeutschen Arbeitnehmer bestohlen werden müssen. Wem das zu hart klingt, der muß sich nur mal das Gezeter vorstellen, wenn der Bundestag beschließen würde, daß westdeutsche Unternehmen in der DDR zu investieren haben, ohne dadurch Eigentumstitel an den betreffenden Unternehmen zu erhalten.

TZ 28

So wie die Dinge jetzt laufen, gilt: Hohe Rendite für das in der DDR anlagesuchende Kapital und hohe Kosten zu Lasten des westdeutschen Arbeitseinkommen für die Umweltreparaturen und die Erneuerung und Ausweitung der Infrastruktur. Ich denke, aus westdeutschem Arbeitseinkommen können durchaus Mittel in die Entwicklung der DDR fließen, aber nicht a fonds perdu, sondern als zinslose, kaufkraftgesicherte Darlehen, denen man einen Anreiz dadurch verschaffen könnte, daß sie mit einer Risikoversicherung ohne Gesundheitsprüfung verbunden und somit zu einem zusätzlichen Instrument sozialer Absicherung von BRD-Bürgern werden.

TZ 29

Die beste soziale Absicherung gegen Arbeitslosigkeit ist nicht eine Arbeitslosenversicherung (siehe dazu meine Anmerkungen in „Darauf kommt es an!“, sondern eine Vollbeschäftigung. Die Voraussetzung einer Vollbeschäftigung ist, daß alle Einkommen ohne Rücksicht auf die Rendite und spekulative Kassenhaltung unmittelbar wieder zur Nachfrage werden. Die bisher angewandten Umlaufsicherungsmittel sind der Zins und die dosierte Inflation. Beide Mittel stiften per Saldo aber mehr Schaden als Nutzen. Es geht also darum, endlich eine konstruktive Umlauf Sicherung des Geldes einzuführen. Eine solche simple aber wirksame Umlauf Sicherung des Geldes hat unübersehbare, positive Auswirkungen für die Einzelmenschen und ihre Gesellschaft.

TZ 30

Nicht nur im Hinblick auf die Umstellungsschwierigkeiten ist dieses Thema wichtig, sondern auch im Hinblick auf die hohe Arbeitslosigkeit in der BRD und die Furcht vor zusätzlicher Arbeitslosigkeit durch die Entspannungspolitik. In einer Meldung in der HAZ vom 31. März 1990 heißt es: „Betriebsräte deutscher Rüstungsunternehmen sehen durch die Entspannungspolitik 250 000 Arbeitsplätze in der Wehrtechnik und 1,2 Millionen Stellen bei Zulieferern und im Dienstleistungssektor gefährdet.“ Hinzu kommen die „gefährdeten“ Arbeitsplätze durch Truppenreduzierungen.

TZ 31

Eine andere potentielle Ursache für künftige Arbeitslosigkeit in der DDR droht im Falle einer Währungsunion dadurch, daß die Kaufkraft, die danach in der DDR entsteht in die BRD (nach Westdeutschland) wandert und dadurch eine Unterbeschäftigung der DDR-Region hervorruft. (Siehe dazu den Artikel „Währungsunion produziert Arbeitslosigkeit“ von Dr. Ernst Heuß aus der FAZ vom 17. 3. 1990 in der Anlage.) Ich kann mich erinnern, daß in der Vergangenheit die gleichen Probleme für West-Berlin bestanden haben. Der verstorbene Währungsfachmann, Karl Walker, hat damals als Gegenmaßnahme auf eine Umlauf gesicherte Bären-Mark hingewiesen. Vielleicht ist die Zeit heute reifer für die Idee einer konstruktiven Umlauf Sicherung.

TZ 32

Bevor ich abschließend auf die Frage eingehe, ob wir eine neue Verfassung für die vereinigten deutschen Staaten benötigen noch eine Anmerkung zum Bodeneigentum. Die Niedersächsische Staatskanzlei hat sich von den Doktoren G. Fels, O. Vogel und H.-P. Fröhlich ein Gutachten über die „Sozialverträgliche Ausgestaltung der deutsch-deutschen Währungsunion“ erstellen lassen. (Tag der Übergabe 12.3. '90.) Darin wird als Voraussetzung einer Währungsunion die Einführung der Marktwirtschaft in der DDR als unabdingbar beschrieben. Das sehe ich auch so. Für die Einführung der Marktwirtschaft wird ein Mindestpaket von Maßnahmen beschrieben. Hier will ich an zwei Stellen einhaken. Es heißt dort:

„- Unbeschränkte Zulassung von Privateigentum, auch für Ausländer. ...“

und weiter unten

„- Etablierung eines funktionsfähigen Bodenmarktes ...“ Aus meiner marktwirtschaftlichen Sicht müßte der erste Spiegelstrich wie folgt ergänzt werden:

„Gegenstand von Privateigentum kann nur sein, was der Mensch durch Arbeitsleistung schaffen kann.“

Der wiedergegebene Anfang des weiteren Spiegelstriches müßte folgende Fassung bekommen:

„- Etablierung eines funktionsfähigen Marktes für Bodennutzungsrechte.“ Dies sind kleine, aber wesentliche Unterschiede, die zu beachten sind, wenn eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus entwickelt werden soll.

TZ 33

Der BRD-Bundeskanzler findet das Grundgesetz und die realen Verhältnisse in der BRD wohl in Ordnung, so daß für ihn die einfachste Lösung wohl eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten der Beitritt der DDR zur BRD nach Artikel 23 GG ist und es gibt ja nicht wenige, die genauso denken.

TZ 34

Zu bedenken ist aber: Erich Honecker fand vermutlich die alte DDR-Verfassung und die DDR-Wirklichkeit auch in Ordnung. Da ganz unterschiedliche gesellschaftliche

Zustände als in Ordnung empfunden werden können, ist es doch zweckmäßig Kontrollfragen zu stellen. Diese Kontrollfragen werden zwangsläufig in dem Vereinigungsprozeß eingebaut, wenn der Zusammenschluß nach Artikel 146 GG vorgenommen wird.

TZ 35

Auch wenn das Grundgesetz nicht zu leugnende Qualitäten hat, darf nicht vergessen werden, daß es Menschenwerk und nicht Gotteswerk ist und jede neue Generation das Recht hat, zu entscheiden, ob die jeweilige Verfassung als ihre Gesellschaftssatzung gelten soll oder nicht.

TZ 36

Vergessen darf auch nicht werden, daß das GG nicht durch eine Volksabstimmung angenommen wurde, daß die Gültigkeit letztlich ein Gnadenakt der Besatzungsmächte war und nach meinem Eindruck war auch das schlechte Gewissen jener Demokraten, die Weimar haben mit scheitern lassen. Mitgestalter des GG. Weimar liegt weit zurück und die Verfassungsgebende Versammlung schon über 40 Jahre. Gründe, um zu überprüfen und neu zu entscheiden.

TZ 37

Nach meiner Einsicht muß z.B. die Gewaltenteilung und die Rolle der Parteien klarer definiert werden.

TZ 38

Es ist viel die Rede davon, daß wir eine europäisches Deutschland wollen und kein deutsches Europa. Es ist wohl eine Redewendung von Thomas Mann. Wenn sie gelten soll und nicht nur als Schlagwort, dann muß sich das in der Verfassung widerspiegeln. Es muß z.B. möglich sein, daß französische, dänische oder polnische Schulen in Deutschland eröffnet werden können, ohne daß mehr als allgemeine Strafgesetze zu beachten sind.

TZ 39

Der Generalsekretär der BRD-CDU Volker Rühle hat am 25. März d.J. gesagt, daß den Bundesbürgern nicht zuzumuten ist, eine neue Verfassung zu akzeptieren. Ein Parteisekretär muß immer etwas sagen, auch wenn er nichts zu sagen hat. Dadurch hat er vielleicht nicht bemerkt, daß sein Satz beinhaltet, daß den Bundesbürgern die Demokratie nicht zuzumuten ist.

TZ 40

Ich habe einen schlimmen Verdacht: Ich vermute, daß die politischen Kräfte, die soviel das Wort „Freiheit“ in den Mund nehmen, Angst davor haben, die Bürger könnten die Freiheit nutzen um sich anders zu entscheiden, als es von ihnen erwartet wird.

TZ 41

Ich selber empfinde die Vereinigung über den Artikel 23 GG als eine Art Machtergreifung oder Machterhaltungsmaßnahme der hinter dieser Forderung stehenden politischen Parteien, deren Mitglieder nur eine kleine gesellschaftliche Minderheit darstellen, auch wenn sie ihre Parteien als groß empfinden.

TZ 42

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, hat nach einer Zeitungsmeldung vom 29. März d.J. davor gewarnt angesichts der bevorstehenden Vereinigung über die im Grundgesetz enthaltenen Freiheitsrechte neu zu diskutieren. Sicher die Geschichte lehrt, daß politische Diskussionen und Entscheidungen auch Rückschritte bringen können. Ich habe in anderen Zusammenhängen schon den Bischof Nicolaus Oresme (1325-1382) aus dem „Traktat über Geldabwertungen“ zitiert.

Es heißt beim ihm:

„Vor allem wisse man: ohne offenkundige Notwendigkeit sollen frühere Gesetze, Statuten, Anordnungen, Gewohnheiten aller Art, welche die Gemeinschaft betreffen, nicht abgeändert werden. So lehrt Aristoteles im zweiten Buch der Politik. Ein positives altes Gesetz ist nicht zugunsten eines neuen und vielleicht besseren abzuschaffen, außer es liege ein großer Unterschied in ihrer Güter vor.“ Denn es wird befürchtet, daß

mit leichtfertigen Gesetzesänderungen ihre Autorität und die Ehrfurcht vor Ihnen verloren gehen. Ich denke Ehrfurcht und Autorität sind schon verloren gegangen, weil Gesetze heute ein Massenartikel sind. Die Notwendigkeit einer neuen Verfassung betrachte ich als gegeben und ebenso die Chance, die Verfassung wesentlich zu verbessern. Bezüglich der Grundrechte ist noch zu vermerken, daß diese in der Verfassung ja nur einen deklamatorischen Charakter haben. Sie sind Naturrecht, unmittelbar mit der Existenz des Menschen verbunden - wenn auch nicht immer bewußt und oft vorenthalten. Die Grund- und Freiheitsrechte stehen also gar nicht zur Disposition. Aber um ihr mehr Leben zu verleihen, sollten sie schon erläutert werden, damit nicht die Gerichte ein Monopol behalten sie zu interpretieren. Ich meine z. B., daß der Schulzwang für Kinder nicht mit der Würde des Menschen vereinbar ist. Gerade der GG Artikel 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar. ...“ zwingt uns dazu, über eine neue Verfassung nachzudenken (und nicht nur darüber), denn diese „Würde“, die doch gekoppelt ist an den Einzelmenschen als Subjekt, ist doch immer mehr zu einer abstrakten, nichtssagenden Norm geworden, weil uns das Grundgesetz nicht davor geschützt hat, vorwiegend nur noch als Objekt der Politik vorzukommen. Ein langer Brief. Ich hoffe er findet seine Leser(innen).

Mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Anlagen:

Fotokopien der Leserbriefe „Währungsunion produziert Arbeitslosigkeit“ und „Was gegen den Weg über den Artikel 23 spricht“ aus der FAZ vom 17. März 1990

Angefordert werden können von mir gegen Portoerstattung soweit der Vorrat reicht: „Darauf kommt es an! - Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR - gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung - für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“; „Darauf kommt es an! II“, „Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik“

Notiz vom Februar 2005:

Die Beiden oben genannten Texte sind unter www.tristan-abromeit.de unter Texte / Arbeiten unter den Nummern 6.1.1; 6.1.2; 6.2 (und dieser vorliegende unter 6.3) zugänglich.

zwei Leserbriefe

Was gegen den Weg über Artikel 23 spricht

Nach dem Kanzler und der Führung der Union scheint nunmehr auch die F.A.Z. zu der Überzeugung gelangt zu sein, der beste, einfachste und schnellste Weg zur deutschen Einheit führe über den Artikel 23 Satz 2 des Grundgesetzes, der vorsieht, daß „andere Teile Deutschlands“ dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten können. Die Führung der Union verfolgt damit jedoch die Absicht, die Schaffung einer neuen Ver-

fassung für Gesamtdeutschland zu verhindern und das Grundgesetz – mit gewissen Übergangsregelungen für das heutige DDR-, Gebiet - einfach als gesamtdeutsches Grundgesetz weiter gelten zu lassen. Dabei wird argumentiert, das Grundgesetz habe sich in 40 Jahren bewährt, und es gebe keinen Grund, eine neue Verfassung zu schaffen.

Gewiß, das Grundgesetz hat sich bewährt, aber abgesehen davon, daß nichts so gut ist, als daß es nicht noch verbessert werden könnte, sprechen gewichtige Gründe dagegen, das von der Führung der Union geplante Verfahren tatsächlich zu praktizieren. Die Einwände können im wesentlichen in drei Punkten zusammengefaßt werden:

1. Der erste Einwand gründet sich auf den verfassungsrechtlichen Aspekt selbst. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (so der amtliche Name) geht selbst davon aus, daß es nur für die Zeit gelten soll, in der die Vereinigung ganz Deutschlands möglich ist. Dies ergibt sich ganz eindeutig nicht nur aus seinem Namen (Grundgesetz statt Verfassung) und zentralen verfassungsrechtlichen Bestimmungen (insbesondere Präambel und Artikel 146), sondern dies entspricht auch dem eindeutigen Willen des seinerzeitigen Verfassungsgebers, des Parlamentarischen Rates. In diesem Gremium bestand allseits Übereinstimmung, daß das Grundgesetz nur für die Übergangszeit gelten sollte, bis das ganze deutsche Volk in der Lage sein würde, sich in freier Selbstbestimmung eine neue Verfassung zu geben. Dieser Fall ist jetzt eingetreten, und es spricht nichts dagegen, die Möglichkeiten auszuschöpfen, die der Par-

lamentarische Rat mit dem Artikel 146 des Grundgesetzes ausdrücklich offengehalten hat. Die Möglichkeit des Beitritts zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 Satz 2 bezieht sich demgegenüber eindeutig nur auf „Teile Deutschlands“, wie etwa das Saarland oder andere kleinere Gebiete, die in den fünfziger Jahren an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben wurden (zum Beispiel Helgoland). Dies bedeutet, daß die Anwendung des Artikels 23 Satz 2 meines Erachtens voraussetzt, daß die jetzt gegebene Lage, nämlich die Möglichkeit zur Schaffung einer gesamtdeutschen Verfassung auf der Grundlage freier Selbstbestimmung, noch nicht vorliegt, sondern lediglich ein Teil Deutschlands die Möglichkeit hat, sich der Bundesrepublik Deutschland anzuschließen, wie es 1957 im Falle des Saarlandes auch geschehen ist. Eine andere Auffassung würde voraussetzen, daß es noch weitere „Teile Deutschlands“ gibt, wie etwa Schlesien oder Ostpreußen, die nicht mitwirken können, so daß das „gesamte deutsche Volk“ noch nicht handlungsfähig ist. Tatsache ist aber, daß weitgehende Einigkeit darüber besteht, daß die Vereinigung der Bundesrepublik, der DDR und ganz Berlins mit einem endgültigen Verzicht auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie verknüpft werden soll. Das neue Gesamtdeutschland soll sich für saturiert erklären, was nur bedeuten kann, daß damit die Zeit des Grundgesetzes als Übergangslösung abgelaufen ist. Für diesen Fall hat der Verfassungsgeber die Regelung des Artikels 146 vorgesehen, und davon sollte auch Gebrauch gemacht werden. Eine Wiederherstellung der deutschen Einheit über Artikel 23 Satz 2 wäre demgegenüber eine Vergewaltigung des Grundgesetzes.

2. Auch die Entstehungsgeschichte und die fehlenden Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung der heutigen DDR sprechen gegen eine einfache Übernahme des Grundgesetzes in einen gesamtdeutschen Staat. Hierzu muß zunächst bemerkt werden, daß es dem Grundgesetz selbst an einer ausreichenden demokratischen Legitimation mangelt, denn es entstand aufgrund einer Weisung der westlichen Besatzungsmächte, wurde von diesen genehmigt (mit Vorbehalten) und wurde auch nicht von der Bevölkerung in der Bundesrepublik durch Volksabstimmung gebilligt, sondern lediglich von Länderparlamenten, die seinerzeit ebenso wie der Parlamentarische Rat Anordnungen und Weisungen der Besatzungsmächte zu beachten hatten. Eine Verfas-

sung auf der Grundlage freier Selbstbestimmung sollte dagegen frei von fremden Einflüssen beschlossen und in einer Volksabstimmung bestätigt werden.

Hinzu kommt aber noch, daß die seinerzeit in der sowjetisch besetzten Zone lebende deutsche Bevölkerung hinsichtlich der Schaffung des Grundgesetzes keinerlei Mitwirkungsrechte hatte und daß auch die heutige Bevölkerung der DDR bisher nicht in der Lage gewesen ist, auf die Verfassungsgebung Gesamtdeutschlands Einfluß auszuüben. Es wäre deshalb meines Erachtens ein politisch fehlerhafter Schachzug, die gerade mündig gewordene Bevölkerung der jetzigen DDR mit der Parole „Friß oder stirb“ unter die Fittiche des Grundgesetzes zu nehmen, ohne ihnen die Möglichkeit zu geben, bei der Gestaltung der Verfassung mitzuwirken. Dies würde nur dem mancherorts vorhandenen Ressentiment vom „reichen Onkel“, der alles besser weiß und alles besser kann, Auftrieb geben. Der Kanzler und die Führung der Union sollten diese Stimmung nicht unterschätzen. Sie könnte sich bei Wahlen nachteilig bemerkbar machen.

3. Der dritte Aspekt, der gegen einen Beitritt der jetzigen DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes spricht, ist die sicherheitspolitische Situation. Die Regierung der DDR könnte nämlich einen Beitrittsantrag nur mit Zustimmung der Sowjetunion stellen, da sie ansonsten elementare Bündnisverpflichtungen ihr gegenüber verletzen würde. In Moskau wurde aber bereits darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion einem solchen Beitrittsantrag aller Voraussicht nach ebensowenig zustimmen würde wie der Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands in der Nato. Letzteres wäre nämlich die automatische Folge eines Beitritts, auch wenn Sonderregelungen hinsichtlich der Truppenstationierungen getroffen würden. Das komplexe Problem kann im einzelnen hier nicht dargestellt werden, da dies den Rahmen eines Leserbriefes sprengen würde. Es sei an dieser Stelle nur festgehalten, daß der maßgebliche Einfluß der Sowjetunion auf die weitere Verfahrensgestaltung bei der Einheit Deutschlands die Anwendung des Artikels 23 Satz 2 des Grundgesetzes verhindern dürfte.

Das hier gehaltene Plädoyer für eine neue gesamtdeutsche Verfassung bedeutet allerdings nicht, daß das Grundgesetz nicht die Grundlage für die Ausarbeitung einer

neuen Verfassung sein sollte. Vielmehr erscheint es selbstverständlich, daß die wesentlichen Kernbereiche des Grundgesetzes, wie etwa die Grundrechte und der föderalistische Aufbau Deutschlands, übernommen werden. Aber es ist doch daran zu denken, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung durch Volksabstimmungen oder Volksentscheide in bestimmten verfassungsrechtlich geregelten Fällen zu erweitern sind da durch das Prinzip der repräsentativen Demokratie etwas aufzulockern. Viele Bürgerinitiativen und sonstige Vereinigungen wären überflüssig, wenn man die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung in diesem Sinne erweitern würde.

Jedenfalls erscheint es unverständlich, daß der Kanzler und die Führung der Union offensichtlich davor Angst haben, einer neu gebildeten verfassunggebenden Versammlung ihr Vertrauen zu schenken. Dies erscheint auch deshalb bedenklich, weil eine gleichberechtigte Beteiligung der Vertreter der DDR-Bevölkerung natürlich nicht bedeutet, daß sie in der verfassunggebenden Versammlung über die gleiche Stimmenzahl verfügen. Vielmehr wäre es selbstverständlich, daß die Bevölkerung der DDR nur einen ihrer Einwohnerzahl entsprechenden Anteil an Vertretern in die verfassunggebende Versammlung entsenden kann. Auf diese Weise können überzogene sozialpolitische Vorstellungen, die in bestimmten Kreisen der DDR herrschen, abgewehrt werden, zumal auch nichts dagegen spricht, für den Entwurf einer gesamtdeutschen Verfassung die Annahme durch eine Zweidrittelmehrheit in der verfassunggebenden Versammlung vorzusehen. Die diesbezüglichen Sorgen und Befürchtungen der Union und wohl auch der F.A.Z. sind daher meines Erachtens unbegründet.

Wolf-Dieter Löffert, Rechtsanwalt. Hanau

Währungsunion produziert Arbeitslosigkeit

Mit der Währungsunion will das Bundeskabinett ein Zeichen setzen, mit dem die Bevölkerung der DDR von einem weiteren Abwandern abgehalten werden soll. Hier stellt sich die Frage, ob dafür die Währungsunion die geeignete Maßnahme ist. Einige elementare Überlegungen zeigen, daß eher das Gegenteil zutrifft.

Wenn zwei „Volkswirtschaften“ mit anfänglich recht unterschiedlichen Produktivi-

täten mit Hilfe einer Währungsunion fest miteinander verbunden werden sollen, so wird bei der bestehenden Leistungsüberlegenheit der Bundesrepublik ein Strom von Leistungen und Gütern nach der DDR einsetzen, dem kein entsprechender Export von der DDR nach der Bundesrepublik gegenübersteht. Folglich wandert ein großer Teil der Kaufkraft von der DDR zur Bundesrepublik, was gleichbedeutend mit einem Absatzverlust für die Wirtschaftszweige in der DDR ist. Produktionseinstellungen und die daraus sich ergebende Arbeitslosigkeit stellen die bekannten Folgen dar, die zumindest kurzfristig, wenn nicht mittelfristig, andauern werden. Auf diese Weise wird von der Bundesrepublik ein weiterer Antrieb zur Abwanderung ausgelöst.

Setzt man hingegen mit einer Währungsreform das Zeichen, indem neben den Preisen auch der Wechselkurs freigegeben wird, so sorgen flexible Wechselkurse dafür, daß sich Export und Import die Waage halten und es daher zu keiner Kaufkraftverlagerung kommt. Statt dessen werden mit dem nach der DDR einsetzenden Kapitalexport dort zusätzliche Güter und Leistungen zur Verfügung gestellt. Mit ihnen werden Investitionen in der DDR vorgenommen, wodurch vor allem die Produktivität in der DDR erhöht wird. Auf diese Weise nähert sich die Produktivität der DDR der in der Bundesrepublik, und das Analoge gilt auch für die Anpassung der Reallöhne in beiden Teilen Deutschlands. Nicht zuletzt wird dieser Prozeß mit dem Ansteigen der „Ostmark“ begleitet sein, so daß sich die Verschmelzung beider Valuta als Schlußstein von selbst ergibt. Im anderen Falle ist evident, daß die aus öffentlichen Mitteln zu bestreitenden Sozialleistungen ansteigen und dadurch zusätzliche finanzielle Opfer für die Bundesrepublik entstehen.

Professor Dr. Ernst Heuß,
Universität Erlangen-Nürnberg

Weitere Notiz vom Februar 2005

Der eigene Text und die beiden Leserbriefe wurden auf 15 Seiten in einem mir finanziell möglichen Umfang auf dem Weg an Einzelpersonen und Institutionen gebracht. Danach wurde der Text von Georg Otto (AK Dritter Weg NWO) mit dem nachfolgend wiedergegebenen Deckblatt versehen und in einer mir nicht bekannten Stückzahl an Personen und Institutionen versendet und verteilt.

Offener Brief

an die
Mitglieder der Volkskammer der DDR
und die
Mitglieder des Bundestages der BRD

DIE WÄHRUNGSUNION UND VEREINIGUNG DER BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN ALS WOHLTAT ODER ALS VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT UND BANKROTTERKLÄRUNG DER DEMOKRATIE

Wir rufen die Abgeordneten und die Fraktionen der Parlamente auf. Währungsunion und Vereinigung der beiden deutschen Staaten so zu gestalten, daß der DDR nicht das privatkapitalistische System der BRD übergestülpt wird.

Aus dem Zusammenbruch der Staatswirtschaft des Ostens darf nicht der falsche Schluß gezogen werden, der Sozialismus sei am Ende. Er hat weder in der Sowjet-Union noch anderswo bestanden. Er wurde dort staatskapitalistisch verfälscht. Auch darf der Zusammenbruch dieser staatskapitalistischen Ordnungen nicht zu der Annahme verleiten, der Kapitalismus sei das beste System.

Beide Altsysteme geben keine Antworten auf die sozialen, ökologischen und politischen Probleme unserer Zeit. Sie haben diese vielmehr durch die Grundsätze ihrer Wirtschaftsweisen ausgelöst und steigern sie täglich.

Beiden Altsystemen wird in diesem "Offenen Brief" mit dem Liberalsozialismus eine Wirtschaftsauffassung entgegengestellt, die nicht verspricht, alle Probleme dieser Welt zu lösen. Der Liberalsozialismus beansprucht aber, den Kapitalismus in seinen beiden Formen durch eine freiheitliche und soziale Ordnung des Zusammenlebens der Menschen zu überwinden, so daß der Frieden sicherer, die ökologischen und sozialen Schäden, die beide kapitalistischen Systeme weltweit verursachten, besser und dauerhafter geheilt werden können.

Gleichzeitig erscheint Nr. 1 "DIE ALTERNATIVE" zur weiteren Diskussion und Vertiefung dieser Gedanken. Sie steht auch den Abgeordneten beider Parlamente offen. Den Empfängern des "Offenen Briefes" senden wir "DIE ALTERNATIVE" gegen einen Unkostenbeitrag von DM 20,- für 3 Nummern 1990 gern zu. Wir weisen auf die Ende 1989 erschienene Denkschrift von Tristan Abromeit "DARAUF KOMMT ES AN - Gedanken eines Bürgers der Mängeldemokratie BRD für die Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR" hin. Näheres am Ende des "Offenen Briefes".

Anschrift für Bestellungen: Georg Otto, 3226 Eberholzen - Sonderkonto beim
Postgiroamt Hannover - Nr. 25 00 42 - 303